Tägliches
Cincinnatier Volksblatt

Briefe an das „Volksblatt" sind zu adressiren:
CININNATIER VOLKSBLATT, BOX 423,
CINCINNATI, OHIO.

Haupt-Offices:
NO. 637 VINE STRASSE.
CINCINNATI, O.
Geschäfts-Departement....Telephon Canal 2024
Redaktion.....Telephon Canal 2045

Zweig-Offices:
Covington, Ky., 509—511 Madison Ave. Telephon South 3254
Newport, Ky., 339 York Str., Tel. South 2401

Mittwoch, den 25. März 1914.

Unsere mehrfach ausgesprochene Ansicht, daß das Weiße-Sklaven-Gesetz, wie es von den Gerichten verhallhornt worden ist, der Erpressung dient, wird jetzt vom Justiz-Departement bestätigt, das den Kongreß um eine Aenderung des Gesetzes angehen wird, daß es auf seinen ursprünglichen Zweck beschränkt werden soll, der darin besteht, den Handel mit gefallenen Frauenspersonen zu verhüten. Die falsche Auslegung der Gerichte, daß ein Verkehr mit solchen Frauenspersonen straffällig ist, sobald zu diesem Zwecke eine Staatsgrenze überschritten wird, hat dazu geführt, daß aus der Erpressung ein Gewerbe gemacht wird. Schlechte Frauenzimmer veranlassen Männer, mit ihnen über eine Brücke zu gehen, die nach einem anderen Staate führt und drohen mit Anzeige, wenn sie nicht ein großes Schweigegeld erhalten. Das ist letzterer Zeit so häufig geschehen, daß das Justiz-Departement die Staatsanwälte anweisen wird nur Prozesse anzustrengen, in welchen ein wirklicher Handel mit gefallenen Frauenzimmern betrieben wird oder das Element der Kuppelei nachweisbar ist.

Der schwerste Kampf, den der Präsident durchzufechten hatte, steht ihm mit der Bill betreffs der Abgabenfreiheit im Panama-Kanal bevor. In diesem Fall läßt ihn seine Partei, die ihm bislang auf den Wink gefolgt hat, in großem Maße im Stich, so daß eine starke republikanische Unterstützung nothwendig sein wird, um die Bill durchzubringen. Besonders zu bemerken ist, daß an der Spitze der Opposition die demokratischen Führer stehen. Sprecher Clark, der Wortführer der demokratischen Partei im Repräsentantenhause, Underwood von Alabama, und der Führer im Senat O'Gorman befinden sich in offener Rebellion gegen den Präsidenten. Gormans Motiv ist leicht genug zu verstehen. Er ist der gehorsame Diener von Tammany und diese hat immer für Monopole geschwärmt, die mit dem Gelde gegenüber den politischen Organisationen nicht kargen, die ihnen zu Gefallen sind. Die Stellungnahme von Clark und Underwood bestätigt den Verdacht, der bisher gehegt worden ist, daß sie auf Seiten des Großkapitals stehen. Trotz des Kriegslärms ist der Präsident sehr ruhig und rechnet mit Bestimmtheit auf Sieg. Diese Erwartung stützt sich auf die Beobachtung, daß seine Gegner flibustern und der Präsident bemerkt treffend, daß niemals Majoritäten, sondern nur Minoritäten sich aufs Flibustern verlegen.

Die englischen Konservativen sind der Ansicht, daß sie der Regierung eine Niederlage bereitet haben. In Wahrheit haben sie sich selbst geschädigt. Sie haben die Offiziere, welche zum größten Theil der Aristokratie angehören, zu der Erklärung aufgewiegelt, daß sie gegen die Rebellen von Ulster nicht zu Felde ziehen würden, während die Regierung gar nicht die Absicht hatte, einen solchen Feldzug zu eröffnen, schon aus dem Grunde nicht, daß hierzu noch keine Nothwendigkeit vorliegt. Die Regierung hat blos Truppen abgeschickt, um die Arsenale in Ulster zu bewachen. Was die Ulsterer zu ihrer Auflehnung veranlaßt, ist bekannt. Wir wollen es aber in Kürze rekapituliren. Die Regierung hat eine Bill durchgesetzt, welche Irland weitgehende Selbstverwaltung einräumt. Die Bewohner einer kleinen Anzahl Counties, die man unter dem Namen Ulster zusammenfaßt und zum großen Theil Protestanten sind, erklärten, daß sie sich nicht unter die Herrschaft von katholischen Irländern stellen würden. Daraufhin veranlaßte die Regierung ein Amendement, welches den Bewohnern von Ulster eine von Irland selbstständige Verwaltung auf sechs Jahre einräumt und nach Ablauf dieser Frist soll das Parlament entscheiden, ob dieser Ausnahmezustand weiter bestehen soll. Daß solches geschehen wird, kann als selbstverständlich gelten, da im englischen Parlament die Protestanten die überwiegende Majorität haben. Trotz dieser Garantie sind die Bewohner von Ulster nicht zufrieden. Der Grund ist, daß sie von der Oppositionspartei aufgestachelt werden, welcher nicht soviel daran gelegen ist, die Bewohner von Ulster, die in gar keiner Gefahr stehen, zu beschützen, sondern das liberale Ministerium zu stürzen. Aber sie wiegelten nicht nur das Volk auf, sondern auch die Offiziere, die alle der Oppositionspartei angehören, weil sie Aristokraten sind. Die Folge wird sein, daß die Regierung das Offizierskorps demokratisirt, d. h. Bürgerliche zuführen wird. Die Aufwiegelung erfolgte in der Weise, daß den Offizieren gesagt wurde, man werde sie gegen die Bewohner von Ulster schicken, um sie zur Unterwerfung unter die Irländer zu zwingen, was eine offenkundige Unwahrheit war. Eine solche Absicht lag nicht vor, da das Gesetz nicht vor 1915 in Kraft treten kann und demnach Zeit genug übrig bleibt, um Gewaltmaßregeln anzuwenden, falls solche überhaupt nothwendig sind. Soweit eine Blamage stattgefunden hat, betrifft sie ganz Großbritannien, indem erwiesen worden, wie schlecht es mit der Disziplin im Offizierskorps bestellt ist.

Der Senator Chamberlain von Oregon, der das Gesetz zur Aufhebung der Abgabenfreiheit für amerikanische Küstenfahrer im Panama-Kanal bekämpft, hat einen großartigen Gedanken ersonnen, um seinen Standpunkt zu stützen. Er hat eine Resolution eingebracht, welche den Kriegs-Sekretär anweist, dem Kongreß Auskunft zu ertheilen, wie viele Millionen an die Verbesserung von Häfen und Flüssen seit 1884 gewandt worden sind, in welchem Jahre der Kongreß die prinzipielle Erklärung abgab, daß für diese Verbesserungen keine Abgaben erhoben werden sollen. Seine Logik ist, daß, wenn amerikanische Schiffe, die durch den Panama-Kanal gehen, Abgaben bezahlen müssen, so müßten es auch die Schiffe, die unsere Flüsse und Seen befahren. Mit dem Beweise schlägt der Senator sich selbst, denn in allen anderen Ländern werden die durch Flußkorrektionen und sonstige Verbesserungen verursachten Unkosten durch Abgaben wieder eingebracht. Daß das bei uns nicht geschieht, steht im Einklange mit unserem Regierungssystem, das ins Blaue hineinwirthschaftet und keine andere Wissenschaft kennt, als Steuern aus dem Volke herauszupressen. Im Uebrigen hat die Logik noch ein anderes großes Loch. Die englische Regierung hat keinen Mitbesitz auf den Mississippi, den Ohio und die anderen schiffbaren Ströme unseres Landes gehabt, wohl aber über die Landenge, über welche der Kanal gelegt wird; sie hat auf diesen Mitbesitz unter der Bedingung entsagt, daß alle Schiffe, die durch den Kanal gehen, Abgaben entrichten müssen und die Ver. Staaten haben sich durch Vertrag verpflichtet, diese Bedingung zu erfüllen. Demnach paßt der Vergleich des Senators von Oregon wie die Faust aufs Auge.

Amerikanische Anarchie.

Entrüstung und Verachtung wird Denen zutheil, die Eigenthumsrechte antasten. Soweit sie sich fremdes Gut aneignen, nennt man sie Diebe; soweit sie die Besitzergreifung von fremdem Gute predigen, Anarchisten. Daß sie dafür von der öffentlichen Meinung geächtet werden, ist eine gerechte Strafe, denn der Schutz des Eigenthums bildet die Grundlage der Gesellschaft. In Folge dessen sollte man annehmen, daß alle Organe der Regierung strengstens sich jeder Handlung und Urtheils enthalten würden, die eine Verkürzung der Eigenthumsrechte zur Folge hat. Thatsächlich wird das Eigenthumsrecht von allen civilisirten Regierungen heilig gehalten, nur nicht von der unserigen. Einen neuen Beleg hierfür liefert die Entscheidung des Oberbundesgerichts in Bezug auf die Local Option Gesetze von Michigan, welche nicht blos den Ausschank, sondern auch die Herstellung von geistigen Getränken, außer Wein und Cider, untersagen. Die Gesetze wurden aus dem Grunde beanstandet, daß sie zwischen Fabrikanten von geistigen Getränken unterscheiden und daß sie Eigenthumsrechte antasten. In Bezug auf den ersten Punkt geht das Urtheil des Gerichts dahin, daß die Staaten auf Grund ihrer Polizeigewalt nach freiem Belieben über den Getränkehandel verfügen. Dagegen läßt sich insoweit nichts einwenden, daß, wenn die Gesetzgeber thörichte Gesetze über den Getränkehandel erlassen, die Gerichte dagegen nicht einschreiten können. Das wird auch von dem Oberbundesgericht ausführlich dargelegt. Die andere Frage, ob die Brauer und Brenner, die ihre Betriebe schließen müssen, nicht zu einer Entschädigung berechtigt sind, wird mit einem Hinweis auf frühere Entscheidungen, welche das Recht auf Entschädigung verneinen, kurz abgefertigt. Man gewinnt den Eindruck, als wäre das Tribunal über einen heiklen Punkt schleunigst hinweggegangen, als scheuten sich die Richter, eine Angelegenheit zu erörtern, die ihr Rechtsempfinden unangenehm berührt.

Das ist keine gewissenhafte Rechtsprechung. Wenn Richtern die Ansicht vorschwebt, daß frühere Entscheidungen nicht mit der Verfassung und sogar nicht einmal mit elementaren Rechtsprinzipien übereinstimmen, so ist es ihre Pflicht, eine solche Entscheidung umzustoßen. Das ist schon wiederholt in anderen Fällen geschehen und es ist nicht ersichtlich, warum man gerade Wirthen und Brauern gegenüber eine Ausnahme macht, es sei denn, daß das persönliche Vorurtheil den klaren Rechtsgedanken überwindet. Wollten die Richter dem Zuge ihres Empfindens folgen und einmal überlegen, ob es gerecht, gesetzlich und konstitutionell ist, durch Gesetz Eigenthumsrechte aufzuheben, ohne eine Entschädigung dafür zu gewähren, so könnte es nicht ausbleiben, daß sie solche Entschädigung gebieten.

Beleuchten wir einmal diese Sache vom konstitutionellen Standpunkt, der für unser oberstes Tribunal von ganz besonderer Wichtigkeit ist. Wir finden, daß die Staaten kraft der Polizeigewalt das Recht haben, den Getränkehandel zu reguliren. So weit, so gut. Aber gestattet die Polizeigewalt die Uebertretung des konstitutionellen Paragraphen, der ausdrücklich vorschreibt, daß Niemand seines Eigenthums ohne gebührenden Prozeß, also nicht auf legislativem Wege, beraubt werden soll? Ganz bestimmt nicht. Aus sanitären Gründen, welche einen Theil der Polizeigewalt bilden, werden in den Städten Häusergevierte niedergelegt, um sie in Parkanlagen zu verwandeln. Wenn nun ein Korporationsanwalt vor Gericht plaidiren würde, daß die Polizeigewalt, welche die Demolirung der Häuser gestattet, von der Verpflichtung enthebt, eine Entschädigung für die niedergelegten Häuser zu gewähren, so würde er von den Richtern nicht für ernst genommen, vielleicht wegen frivoler Einwände in Strafe genommen werden. Wie können dann die Gerichte entscheiden, daß von der Getränke-Industrie verwandtes Eigenthum durch Gesetz außer Gebrauch gesetzt werden kann, ohne daß eine Entschädigung gewährt wird?

Wird vorgebracht, daß der Getränkehandel polizeilicher resp. staatlicher Regulation unterworfen ist, so ist darauf zu erwidern, daß der Staat seine Verbote erlassen muß, ehe der Handel und die Fabrikation begonnen haben und nicht nachher, denn solange kein polizeiliches Verbot besteht, sind Fabrikation und Handel von geistigen Getränken erlaubt.

Es ist also nichts anderes wie ein anarchistisches Verfahren, wenn Eigenthum, das mit Zustimmung des Staates, (wer schweigt, willigt ein) in dem Getränkehandel angelegt worden ist, zerstört wird, ohne daß eine Entschädigung erfolgt. Wenn ein Anarchist Vernichtung der Eigenthumsrechte predigt, kommt er ins Zuchthaus. Aber die Gesetzgeber zerstören Eigenthum im Werthe von vielen Millionen und erklären das für gesetzlich, gerecht und konstitutionell. Andere Länder sind ebenfalls gezwungen, von Zeit zu Zeit, den Getränkehandel zu regulieren, resp. zu beschränken und sie besitzen ebenfalls die Polizeigewalt, da sie ja von jedem Staatswesen untrennbar ist. Aber sie verfahren nicht nach unserer anarchistischen Methode. Sie halten sich stets vor Augen, daß der Staat, der Eigenthumsrechte nicht respektirt, von seinen Bürgern nicht Respektirung dieser Rechte fordern kann. In Folge dessen erfolgt die Regulirung ohne Anarchismus. In einem Lande wird die Verfügung getroffen, daß von einem gewissen Datum an keine neuen Wirthschaften eröffnet werden dürfen. Das ist keine Schädigung von Eigenthumsrechten und eine gebührliche Warnung. Will man den Prozeß beschleunigen und eine Anzahl Wirthschaften sofort außer Existenz setzen, so bezahlt der Staat eine angemessene Entschädigung. Das ist der Unterschied zwischen einem Rechtsstaat und Anarchie. Daß unsere Gesetzgeber diesen Unterschied nicht berücksichtigen, ist schlimm genug, aber daß die Gerichte, die sich doch die Rolle von Zensoren der Gesetzgeber anmaßen, das nicht verbieten, ist skandalös und beweist, daß alle Organe unserer Regierung kein Verständniß für Recht und Gesetz besitzen.

(„Chicago Abendpost.")

Brief aus Oesterreich-Ungarn.

Handelsverträge und hohe Preise. — Einige Gründe, warum das Leben in der Doppelmonarchie so theuer ist. — Daseinsbedingungen, vor Allem Lebensmittel. — Klagen der Fremden. — Das „Wurzen", und was dabei herauskommt. — Wiener Untergrund-Bahnen noch immer nur Projekte. — Die langsamen „Trams". — Arbeitslosigkeit. — Der Tod und der Teufel in Galizien.

Wien, 7. März 1914.

Wenn dies schöne Land, dies Oesterreich-Ungarn, den Fremdenzufluß hätte, den es auf Grund seiner landschaftlichen Reize haben sollte, so wäre ein großer Theil der Noth, unter der jetzt alle Welt hier seufzt, gehoben. Was wäre die Schweiz ohne den beständigen Strom der wohlhabenden Touristen, der ihr und ihrer fleißigen, genügsamen Bevölkerung jährlich das hohe Defizit überwinden hilft, das sonst die unausbleibliche Folge ihres felsigen, nur zum geringsten Theil anbaufähigen Bodens wäre? Aber die Hunderte von Millionen „Fränkli", die das Heer der Reisenden zusammen alljährlich in der Schweiz zurücklässt, haben aus dem kleinen Lande ein Heim der allgemein verbreiteten Wohlhabenheit gemacht. Was wäre vor Allem das schöne Italien, wenn es nicht das große Reiseland wäre, das Land, das der Engländer wie der Deutsche, der Amerikaner wie sogar der reisewunlustige Franzose gesehen haben will, ja muß?

Aber wieviel von der verdienten Popularität der Schweiz und Italiens kommt wohl auf Rechnung darauf, daß sie beide billig sind? Wo anders in der Welt kann man in einem wirklich guten Gasthaus für nur $1.20 den Tag leben, in einer Pension sogar noch wohlfeiler? Und in Italien liegen die Dinge gerade so. Sogar in Luxusstädten, in San Remo, in den Ortschaften an den oberen Seen am Fuß der Alpen, wo es „Millionaire Rows" giebt wie in New York oder Chicago — sogar dort kann man, wenn man sucht, zu niedrigen Preisen sehr gut wohnen, essen und schlafen. Und dieser Umstand, wie gesagt, daß die Schweiz und Italien für jede Börse passen, die wohlgespickte wie die dünne, hat meines Dafürhaltens sehr viel damit zu thun, daß der Goldzustrom aus der Nähe und Ferne dort niemals aufhört, Winter wie Sommer.

Nun müht man sich hier in Oesterreich-Ungarn seit einigen Jahren damit ab, mit der Schweiz und Italien als Reiseländern zu konkurriren. Alles mögliche wird gethan zu diesem Ende, ganz besonders in den deutschsprachigen Ländern Oesterreichs, die ja auch in landschaftlicher Beziehung die schönsten sind. Allerhand örtliche, provinzliche, allgemeine Gesellschaften sind gegründet worden zur Hebung des Fremdenverkehrs. Die Regierung bestrebt sich, dieser Bewegung nachzuhelfen nach besten Kräften. Und dabei ist es ja auch gar nicht zu bestreiten, daß für jeden Menschen, der die Herrlichkeiten der Natur zu würdigen weiß, der ein offenes Auge für landschaftliche Schönheit hat, Wien mit seiner einzigartigen Umgebung, das reizvolle Tyrol und das liebliche Salzburg, und weiterhin die Gestade der Adria, bis hinauf nach Dalmatien des Anziehenden und Bewundernswerthen soviel bietet wie nur irgend ein Land der Welt. Herrlich, schön, großartig ist es in diesen Gegenden, das kann Niemand leugnen.

Es ist nur ein Haken bei der Sache, ein einziger. Es ist in Oesterreich-Ungarn fast überall zu theuer. Vergleicht man die Preise hier und dort, womöglich mit der Schweiz und Italien, so kommt jeder Reisende zu dem Schluß: Es kostet viel Geld, das Reisen heutzutage in den Ländern der Doppelmonarchie. Der Tourist von heute ist ein erfahrener Mann. Fast jeder kann rechnen: viele müssen es, um auszukommen. Eine Familie, sagen wir in New York, Berlin oder London hat zum Zweck einer längeren Sommerreise eine gewisse Summe beiseite gelegt, mehr darf sie nicht ausgeben. So wird denn im Voraus eine Umschau gehalten, wie und wo man am meisten für das vielleicht sauer ersparte Geld bekommt. Und dieser leidlich wohlhabende Mittelstand ist es, der das größte Kontingent zu den Reisenden nach Italien und der Schweiz stellt. Die Masse thuts.

Auf diesem nationalökonomisch ganz richtigen Standpunkt steht man aber leider in Oesterreich-Ungarn noch nicht. Da gibt es stets Nasenrümpfen und hochmüthiges Achselzucken, wenn die minderbemittelten unter den Touristen über die hiesigen hohen Preise schimpfen. Man will hier die Millionäre kapern — die aus Amerika und anderen Ländern; um die anderen kümmert man sich nicht. Man bedenkt nicht, daß auf jeden Millionär mindestens Tausend kommen, die keine Millionäre sind. Und auch der Millionär von heute rechnet, rechnet sogar sehr genau. Und er, wie die Anderen, sagt sich, wenn ich anderswo gerade so schöne Landschaften, Städte, Seen, Flüsse und Meeresufer sehen kann, die mich weniger zu sehen kosten, da, so gehe ich eben dahin. Und so kommts denn, daß es hier mit dem Fremdenzufluß verhältnißmäßig von Jahr zu Jahr schlechter geht. Und bei Weitem den größten Prozentsatz zu den hiesigen Vergnügungsreisenden stellt, wie die genau geführte amtliche Statistik erweist, das Deutsche Reich. Letztes Jahr z. B. ein Drittel des Ganzen. Die Engländer, Russen, Franzosen werden immer dünner gesät, und auch die Amerikaner sind nicht mehr so zahlreich wie früher. Dabei klagt aber der österreichische Hotelbesitzer über diese Reichsdeutschen: Sie sind ihm zu sparsam; sie geben nitch genug aus. Aber die Masse thuts doch. Denn diese sparsamen Reichsdeutschen haben hier 1913 zusammen ca. 37 Millionen Kronen sitzen lassen.

* * *

Thatsächlich ist hier auch fast alles theurer als anderwärts — die Eisenbahnen, das Gepäck, die Dampfer, die Hotels, die Wirthschaften u. s. w. Ein Reichsdeutscher, den ich letzten Sommer traf, sagte mir, durchschnittlich komme ihm das Reisen innerhalb der schwarz-gelben Pfähle um 30 bis 40 Prozent höher als in Deutschland, und um mindestens 50 bis 60 Prozent höher als in der Schweiz.

Dazu nun noch das „Wurzen". So nennt man hierzulande das Ueberfordern der Gäste oder Kunden. In einer hiesigen Bank, die viel mit dem Fremdenverkehr zu thun hat, sagte mir der Vertreter der betreffenden Abtheilung vor Kurzem: „Wenn sich die Leute hier doch das Wurzen abgewöhnen wollten! Sie verderben sich damit selbst das Geschäft." Nun habe ich persönlich allerdings vom „Wurzen" hier noch nicht viel bemerkt. Stellenweise wohl, doch das kommt in anderen Ländern und Städten, vor allem in Paris und in Italien, auch vor. Ich glaube auch gar nicht, daß es damit so arg ist; dazu ist der Durchschnittsmensch hier zu brav und ehrlich. Wahrscheinlich sind die Leute hier nicht so geschickt im „Wurzen", wie anderwärts; lassens dem Fremden zu sehr merken. Aber auf alle Fälle — und das ist hier das Entscheidende — ist die Meinung heutzutage stark verbreitet unter den Touristen, daß man sie hier überfordert.

Ganz abgesehen aber davon; schlimm genug sind hier die ganz gewöhnlichen, durchaus nicht künstlich vertheuerten Preise. Die Eisenbahnen gehören Privatgesellschaften meistens, und haben viel zu bauen gekostet, da sie durch Bergland gehen; sie sind mit Hypotheken überlastet. Von Triest nach Wien (mit üblichem Gepäck) kostet es soviel wie von New York nach Chicago, obwohl die Distanz nur die Hälfte beträgt. Die Hotels, Gasthäuser, Speisewirthschaften sind wesentlich theurer als gleichartige in den benachbarten Ländern, wozu dann noch das thörichte Trinkgeldsystem kommt, welches für jeden Mundvoll Speise oder Trank zumindest drei verschiedene Gaben an die dienstbaren Geister fordert.

* * *

Theuerheit der Lebensmittel! das ist zur Stunde der wundeste Punkt im ganzen Leben Oesterreich-Ungarns. Freilich sind die Lebensmittel überall im Preis gestiegen, drüben ja auch. Aber nirgends in dem Maße wie hier. Hier nur einige Probeziffern, wobei ich mich namentlich auf meine Frau verlasse, die die Sache ja aus erster Hand kennt:

Schinken, 60 Cents das Pfund; Schweinefleisch, 40 Cents das Pfund; gewöhnliches Steak, 35 Cents; Filet, 42—50 Cents; Speck, 40 Cents; Rindsbraten, Kalbs-, Schweinebraten, je nachdem, von 22—40 Cents das Pfund.

Milch, 7 Cents das Quart; Käse (hiesiger), von 24—48 Cents das Pfund; Roggenbrot, 10 Cents das Pfund; Weizenbrot, von 12—25 Cts. das Pfund; Butter, 32—40 Cents.

Kaffee, von 40 Cents bis $1.00 das Pfd.; Thee, von $1—$2.50 das Pfd.; Kakao, 40—80 Cts. Bei Kaffee und Thee ist die Sache wirklich unerhört. Denselben Kaffee, den man in Amreita für 22 Cents das Pfund kaufen kann (also guten Brasilkaffee), muß man hier mit 48—52 Cents bezahlen; der Thee, der hier $1.50 das Pfund kostet, so z. B. mittelmäßiger Ceylon oder Assamthee, kann drüben für 60 Cents gekauft werden.

Mit vielen anderen Dingen steht es ähnlich — mit Obst (außer Pflaumen, die im Hochsommer und Frühherbst wohlfeil sind), mit Gemüse, mit eingemachten Waaren, mit Honig, Eiern, Zucker (8—9 Cents das Pfund) usw. Freilich sind die meisten dieser Dinge in Deutschland auch nicht viel wohlfeiler, ausgenommen Milch und Butter und Käse. Daß mit diesen drei Artikeln in Oesterreich ein gutes Geschäft zu machen ist, das haben sich einige der hiesigen Erzherzöge gemerkt. Erzherzog Friedrich hält z. B. auf seinem ungarischen Gute nahe Preßburg an die 20,000 Kühe und verkauft hier in Wien in ca. 50 Molkereien deren Milch und Butter.

Dabei sind hier auch die meisten Industrieprodukte auch noch bedeutend theurer als in Deutschland. Die österreichische Industrie steckt in wesentlichen Artikeln, namentlich in der gesammten Eisen- und Stahlbranche, noch hin den Kinderschuhen.

Vor einigen Tagen hielt der Berliner Professor Ballod in einem der größten hiesigen industriellen Vereine einen bedeutenden Vortrag. Das Thema betraf hauptsächlich den deutsch-österreichischen Handelsvertrag, sprang dann aber auf allgemeine wirthschaftliche Verhältnisse der Doppelmonarchie über. Er berührte darin die Gründe der Preissteigerung für die Lebensmittel. Aus seinen Auslegungen, die mit amtlichen Belegen verknüpft waren, konnte man mehrere Dinge sehr deutlich ersehen. Erstens einmal, daß der Landwirth hier, der große wie der kleine, nicht mit der Zeit fortgeschritten ist; zweitens, daß die agrarische Politik, die Oesterreich von Ungarn aufgezwungen worden ist, für das Gemeinwohl von großem Schaden war und ist. So steh. eine Steigerung von 43 Prozent im Ernteergebniß für Getreide auf Seiten Deutschlands nur eine von 16 Prozent in Oesterreich gegenüber, und zwar seit 1891. Kunstdünger wird hier viel zu wenig bei dem zum größeren Theil schon erschöpften Boden verwendet. Für ganz Oesterreich-Ungarn konstatirte der Vortragende eine „Beharrung auf einer sehr niedrigen Fortschritt. Das wichtigste aber war die Festnagelung der Thatsache, daß die hohen Agrarzölle der Doppelmonarchie nicht etwa eine Steigerung der Bodenproduktion herbeigeführt haben, sondern eine Mehrverschuldung des Landes selbst, und zwar um 4300 Millionen Kronen seit 1906. — Kann man sich da über die hohen Preise aller Ackerbauerzeugnisse wundern?

* * *

Nunmehr ist festgesetzt, daß mit dem Bau der Wiener Untergrundbahnen im nächsten Frühjahr endlich der Anfang gemacht werden soll. Und zwar wird die kurze Hauptlinie vom Praterstern nach dem Ende der Mariahilferstraße zuerst gebaut. Die anderen Linien, die zu dem ganzen großen Projekt gehören, werden erst später an die Reihe kommen. Vorläufig ist noch nicht einmal festgestellt, wohin diese Zweiglinien führen sollen und wer das Geld dafür hergeben soll, trotzdem die ganze Sache schon seit einer Reihe von Jahren „erwogen" worden ist. Es steht aber zum Theil die Rivalität verschiedener Kapitalistengruppen dahinter: französischer, österreichischer, deutscher. — Zeit wäre es ja wirklich, daß endlich einmal ein etwas besseres Verkehrsmittel nach Wien käme, als die jetzigen „Trams". Von diesen gibt es ja allerdings der Zahl nach genug, denn nicht weniger als 72 verschiedene Linien durchkreuzen das Weichbild der Stadt. Durch Umsteigen, ein- oder zweimal, kann man die meisten Punkte innerhalb Wiens erreichen, und das Fahrgeld schwankt zwischen 14 und 20 Heller (also 4 bis 5 Cents), bei Maximaldistanz von 3 bis 5 Meilen. Umsteigen kostet extra. Aber diese Linien sind alle sehr langsam, trotzdem sie elektrisch betrieben werden. Bei einer direkten Fahrt von drei Meilen fährt man schon eine halbe Stunde; bei Umsteigen dauerts noch viel länger. Dabei sind die Wagen altmodisch, klein, schlecht erleuchtet.

* * *

Mit der Arbeitslosigkeit wird es im ganzen Lande schlimmer anstatt besser. Jetzt steigt die Noth den Leuten sehr zu Kopfe, was ja schließlich kein Wunder ist; so daß Umzüge zwecks Demonstrirung vor der Oeffentlichkeit, mit oder ohne Eingreifen der Polizei und Deputationen an die Regierung zur Tagesordnung gehören. Bisher haben sich diese armen Menschen, obwohl durch Hetzen mancher Parteiblätter erregt, nur in einzelnen Fällen zu größeren Störungen hinreißen lassen. Graf Stürgkh, der österreichische Premierminister, hat versprochen, zu thun, was in seinen Mitteln liegt. Das ist aber leider nur sehr wenig, da das Parlament sich lieber mit Obstruktionspolitik als mit Linderung der Arbeitsnoth befaßt. Namentlich liegt die Industrie Oesterreichs zur Stunde ganz im Argen. Die Gesammtzahl der in dieser Reichshälfte beschäftigungslos Gewordenen soll eher über als unter einer Million betragen.

* * *

Aus dem wilden Galizien wird berichtet, daß dort, und zwar in dem Dorfe Dobronlann bei Czortkow, eine Bäuerin Namens Hryc eine eigenthümliche Gespenstergeschichte durchgemacht hat. Ihr Mann, der vor zwei Jahren nach Amerika ausgewandert war, war dort gestorben und hatte ihr etwa $1000 hinterlassen, die er sich zusammengespart hatte. Dies Geld wurde ihr durch die Post zugestellt, und der Gemeindevorsteher sowie dessen Schreiber erfuhren davon. Eines Nachts erschienen sie, zweckmäßig vermummt, und zwar der Eine als der Tod, der Andere als der Teufel. Zusammen versetzten sie das arme Weib in furchtbaren Schrecken und forderten von ihr das Geld. Zum Glück hatte sie's nach der Bank in der Stadt getragen, und wurde nun von den zwei Gaunern instruirt, die Summe zu erheben und in der dritten Nacht darauf es bereit zu halten. Die Bäuerin erzählte indessen von der Sache, und die Gendarmerie wurde benachrichtigt. Als die Beiden das nächste Mal ihr Gaukelspiel wiederholten, wurden sie dabei ertappt und schmachten jetzt im Kerker. Das Geld hatten die Zwei schon erhalten.

W. v. Schierbrand.

Lokal-Bericht

Sterblichkeitsbericht.

Mary Hunlen, 82, County Armenhaus; Herzleiden.

William Shanahan, 72, Städtisches Armenhaus; Arterienverkalkung.

Michael Devanney, 30, 3919 Forest Avenue; Inquest in Schwebe.

Frank Wissel, 46, Rost Avenue; Blinddarmentzündung.

Anton Windhor, 96, 5730 Lantana Avenue; Gesichtsrose.

Mary Fleckinger, 68, 2011 Mohawk Straße; Zuckerruhr.

Leo Weber, 1, 1448 Harrison Av.; Hirnhautentzündung.

Edward Mattai, 1, 738 Laurel Straße; Lungenentzündung.

Magdalena Jent, 84, 3017 Colerain Avenue; Lungenentzündung.

John G. Spaeth, 68, 3327 Hackberry Straße; Lungenentzündung.

Harry Finkelman, 51, Jüdisches Hospital; Herzleiden.

Anna Frech, 54, 55 Parker Str.; Inquest in Schwebe.

Louis Karch, 46, 445 Dayton Straße; Tuberkulose.

Sarah Harvey, 65, 2000 Madison Road; Schlagfluß.

Joseph Schierberg, 61, 1245 Ida Straße; Lungenentzündung.

Nicholas Byrne, 73, 1105 St. Pauls Place; Altersschwäche.

Gas-Explosion.

Durch eine Explosion von Kanalgas wurden gestern Vormittag die Anwohner der Main und Moore Straße in Madisonville in große Aufregung versetzt. Der gewaltige Knall wurde weithin gehört, doch kein besonderer Schaden angerichtet. Einige Leitungsdrähte der Elektrizitäts-Gesellschaft wurden in Unordnung gebracht.

Suchte den Tod.

Konnte die Trennung von seiner Gattin nicht ertragen.

Den Aerzten des städtischen Krankenhauses ist es gelungen, jede Lebensgefahr für Walter Crawford, alias C. B. Martin, zu beseitigen, welcher in früher Morgenstunde mehrere Quecksilbertabletten in selbstmörderischer Absicht zu sich genommen hatte. Crawford bewohnte ein möblirtes Zimmer im Hause No. 809 Mound Straße und kam in der Montag Nacht laut sprechend nach Hause, sodaß die Nachbarin Frau Sarah Sappitt, welche mit ihrem Mann das Nebenzimmer bewohnt, auf Crawford aufmerksam wurde. Das Sprechen steigerte sich zum Schreien und Weinen, welches aber plötzlich verstummte. Jetzt klopfte Crawford an die Thür des Zimmers seines Nachbarn und bat die Frau, dem Hauswirth mitzutheilen, daß er Quecksilber-Tabletten zu sich genommen habe. Ein anderer Hausbewohner William Osgood eilte sofort in das Zimmer und fand den Mann halb bewußtlos vor. Auf dem Tisch stand ein Glas mit Wasser, welches noch den Rest der aufgelösten Quecksilber-Tabletten enthielt, desgleichen fand Osgood zwei Zettel vor, welche der Lebensmüde zurückgelassen hatte. Der eine Zettel war an Mabel Lang, No. 222 West 9. Straße, gerichtet und lautete: „Frau, ich begehe Selbstmord, weil ich Dich mehr liebe als mein Leben. Du kennst meine Verwandten. Ich liebe Dich mehr, denn irgend ein anderer in dieser Welt. Martin." Der zweite Zettel war folgender: „Carl Rice und Freunde. Bitte, nehmt Euch meiner Leiche an. Euer alter Kamerad Martin." Wie Osgood der Polizei mittheilte, empfing der Mann Briefe unter dem Namen C. B. Martin und der 32 Jahre alte Mann war als Schneider bei der Justrite Clothing Co. an der Vine Straße thätig. Desgleichen wurde eine Mitgliedskarte des Demokratischen Klubs der ersten Ward in Chicago auf den Namen Charles Martin aufgefunden. Martin miethete das Zimmer vor Monatsfrist und zog mit seiner Frau ein. Die Frau verließ ihren Mann jedoch sehr bald und kehrte nur ab und zu in das Haus zurück. Herr Osgood begab sich sofort nach dem Hause No. 222 West 9. Straße und theilte der angeblichen Mabel Lang mit, daß Martin einen Selbstmordversuch unternommen hat. Die Frau sagte auf der Zentral Polizeistation aus, daß sie mit Martin seit Jahren verheirathet ist und der rechte Name ihres Mannes Walter Crawford sei. Die Angehörigen des Mannes sind sehr wohlhabend und wohnen in Houston, Tex. Nachdem die Aerzte im Hospital nach längerem Bemühen jede direkte Lebensgefahr beseitigt hatten und Crawford wieder sprechen konnte, erklärte er, daß er den Namen Martin annahm, als er in die Marine eintrat und diesen Namen später beibehalten habe. Die Frau, welche in einem Lichtbild-Theater angestellt ist, sprach gestern des öfteren im städtischen Hospital vor und erkundigte sich nach dem Befinden ihres Mannes. Wie Frau Crawford mittheilte, konnte sie sich mit ihrem Mann nicht vertragen, weshalb sie ihn verlassen hat.

Haftbefehle gegen Gastwirthe.

Der stellvertretende Generalanwalt John Deasy erwirkte gestern als Repräsentant der Hamilton County Liquor Lizens Kommission Haftbefehle gegen Edw. T. Foster, Gastwirth in Green Township, und John Listerman, Gastwirth in Springfield Township, wegen Verletzung des Sonntagsgesetzes am 8. März. Der Haftbefehl gegen Foster wurde bei Squire Edward Hauenschild in Green Township und gegen Listermann bei Squire Carl Lehmen in Springfield Township erwirkt. Der Tag der Verhandlungen ist noch nicht festgesetzt.

Der Sharp Inquest.

Coroner Foertmeyer setzte gestern das Verhör in dem Sharp Inquest fort und es wurden die Mutter Frau Eliza Sharp von No. 2603 Eastern Avenue, sowie die Braut des Verunglückten Frl. Eleanore McManus vernommen. Frau Sharp erklärte, daß ihr Sohn am Tage des Unfalles, am 18. März, von einer bösen Vorahnung befallen wurde und keine Lust hatte, arbeiten zu gehen. Hauptsächlich ging Sharp zur Bahn, um sein Geld zu holen. Frl. McManus theilte dem Coroner mit, daß sie die Absicht hatte, sich mit dem Verstorbenen in einigen Tagen zu verheirathen und sie glaubt nicht, ebensowenig wie Frau Sharp, daß der Verstorbene überfallen und niedergeschlagen worden ist, sondern daß Emanuel Sharp das Opfer eines Unfalls wurde. Dr. O. P. Coe, welcher eine Postmortem-Untersuchung vorgenommen hat, wird dem Coroner Bericht erstatten. Sharp wurde in der Nacht des 18. März mit einem Schädelbruch, gebrochenem Genick und zermalmtem Bein an den Geleisen der B. & O. S. W. Eisenbahn an der State Avenue aufgefunden und starb kurz nach seiner Einlieferung im Seton Hospital.